

## Die unterschätzte Gier

Internationale Forscher warnen: Industrieländer wie Deutschland verbrauchen erheblich mehr Rohstoffe als bisher angenommen. Bis 2050 könnte sich der weltweite Bedarf sogar vervierfachen

VON SILVIA LIEBRICH

**München** – Die Industrieländer verbrauchen erheblich mehr Rohstoffe, als die offiziellen Statistiken vermuten lassen. Das zeigt eine neue Studie der australischen Forschungsorganisation CSIRO, an der auch Wissenschaftler der Universitäten in Sydney und Santa Barbara in Kalifornien mitgearbeitet haben. Die Gruppe hat erstmals untersucht, wie groß der tatsächliche Ressourcenhunger der Nationen ist. „Zum Teil liegt der Bedarf um das Dreifache und mehr über den offiziellen Zahlen“, sagt der Leiter der Studie, der deutsche Professor Thomas Wiedmann, der *Süddeutschen Zeitung*. Er lehrt als Umweltexperte an der University of New South Wales in Australien.

Die offiziellen Daten sind der Studie zufolge unter anderem deshalb verzerrt, weil ein großer Teil der Bodenschätze genutzt wird, um andere Rohstoffe zu verarbeiten und zu transportieren. „Dieser indirekte Bedarf taucht in den offiziellen Statistiken nicht auf“, sagt Wiedmann. „Ein großer Teil der weltweit geförderten Rohstoffe wird nur unzureichend oder gar nicht erfasst, weil sie die Länder, in denen sie erzeugt werden, nicht verlassen“, erklärt er. 2008 wurden der Studie zufolge weltweit 70 Milliarden Tonnen Rohstoffe gefördert und verarbeitet. Doch nur zehn Milliarden Tonnen wurden physisch und grenzüberschreitend gehandelt.

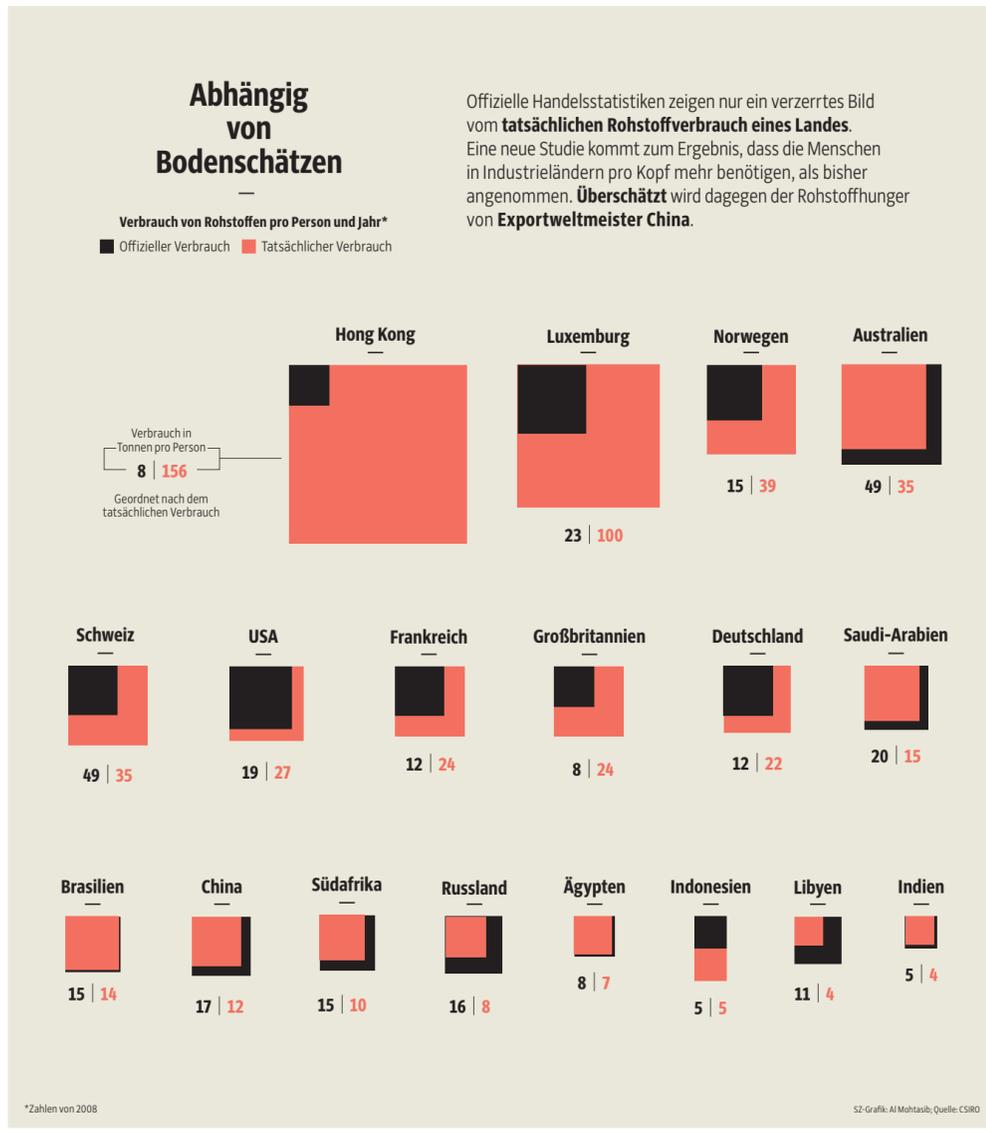
### Das rücksichtslose Plündern der weltweiten Reserven geht unvermindert weiter

Die Untersuchung, die vor kurzem im Wissenschaftsmagazin *PNAS* veröffentlicht wurde, macht auch deutlich, dass der Verbrauch von Exportweltmeister China überschätzt wird. Das Land verarbeitet zwar die meisten Rohstoffe weltweit – aber das liegt auch daran, dass es als globale Werkbank dient: Ein erheblicher Teil der in der Volksrepublik produzierten Waren wird in die USA, nach Europa und in andere Regionen der Welt exportiert.

In den Industrieländern wird dagegen unterschätzt, wie viele Ressourcen die Menschen verbrauchen, wenn man alle Waren aus dem Ausland mit einrechnet, die sie verwenden. Das gilt auch für Deutschland. „Die deutschen Importzahlen zeigen bei weitem nicht den tatsächlichen Umfang des nationalen Verbrauchs“, sagt Wiedmann. „Die Bundesregierung ist deshalb nicht korrekt über das wahre Ausmaß der Abhängigkeit des Landes informiert. Sie kann den Mehrverbrauch mit normalen Statistiken nicht einkalkulieren.“

Für Deutschland haben Wiedmann und seine Kollegen für 2008 einen tatsächlichen Bedarf von 1,8 Milliarden Tonnen an Rohstoffen ausgerechnet. In der offiziellen Statistik taucht dagegen nur die Zahl von knapp einer Milliarde Tonnen auf. China dagegen gehört unterm Strich zu jenen Ländern, deren Menschen mehr Rohstoffe fördern, als sie selber verbrauchen. Im Jahr 2008 haben die Chinesen mit 16 Milliarden Tonnen zwar absolut gesehen doppelt so viele Ressourcen verbraucht wie die USA, vier Mal so viele wie in Japan und neun Mal so viele wie in Deutschland. Dennoch gehört das riesige Land zu jenen, die unter dem Strich mehr erzeugen als verbrauchen.

Im Vergleich dazu benötigen Industrieländer wie Großbritannien vier Mal so viele Rohstoffe, wie sie selbst liefern können. Der Bedarf wohlhabender Ballungsräume wie Singapur oder Luxemburg liegt sogar noch um ein Vielfaches darüber.



Doch das Plündern der weltweiten Reserven geht unvermindert weiter. „Die Menschheit verbraucht so viele Rohstoffe, wie noch nie zuvor in der Geschichte“, stellt Wiedmann fest. „Es gibt Studien, die eine Vervierfachung des globalen Rohstoffverbrauchs bis zum Jahr 2050 vorhersagen. Dieser enorme Bedarf hat langfristige und gravierende Auswirkungen auf unsere Umwelt, die Nutzung von Land, das Klima und die Wasserreserven“, warnt er.

Deshalb sei die Berechnung des sogenannten Ressourcen-Fußabdrucks ein wichtiger neuer Indikator für Nachhaltigkeit. Solche Modelle werden bereits für den virtuellen Wasserverbrauch herangezogen: Fußabdrücke machen deutlich, wie viel Wasser zum Beispiel die Deutschen weltweit wirklich verbrauchen, wenn sie Erdbeeren aus Spanien essen und Jeanshosen tragen, die in China produziert werden.

Wiedmann und seine Kollegen fordern ein Umdenken in der Rohstoffpolitik. In einigen Bereichen sei die Lage bereits kritisch. „Bei fossilen Rohstoffen haben wir die Grenze bereits erreicht, oder sogar überschritten. Wir müssen diese nach und

nach durch neue Energiequellen ersetzen“, ergänzt er. Die Vorkommen bei einer Reihe seltener Metalle und Mineralien könnten bereits in den nächsten 20 bis 30 Jahren erschöpft sein. Das gelte unter anderem für Phosphor, einen wichtigen Düngersatz in der Landwirtschaft. „Wasserknappheit kommt schon heute in vielen Ländern zum Tragen“, sagt Wiedmann. So braucht etwa Namibia, eines der trockensten Länder der Erde, große Mengen an Frischwasser für den Uranabbau.

Rohstoffarme Länder, zu denen Deutschland zählt, werden mehr denn je darauf angewiesen sein, wertvolle Stoffe zu recyceln. Knapp 40 Millionen Tonnen Müll produzieren die Bundesbürger nach Angaben des Bundesamtes für Statistik pro Jahr. Gut 70 Prozent des Abfalls wird inzwischen recycelt – bei Glas und Papier sind es sogar fast 100 Prozent. Das bedeutet aber auch, dass ein Drittel des Mülls nicht wiederverwertet wird, darunter wertvolle und rare Metalle. Die Bundesrepublik verfügt zwar über Braunkohle, Baustoffe und Mineralien wie Kali. Dafür sind Metalle und die fossilen Brennstoffe Öl und Gas kaum vorhanden.

## Relativitätstheorie

Die deutsche Wirtschaft wächst schwächer, aber es hätte noch schlechter laufen können

**Berlin** – Auf den ersten Blick klingt es gar nicht so optimistisch, was die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute an diesem Donnerstag vor der Bundespressekonferenz in Berlin verkünden wollen: Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert aller Waren und Dienstleistungen in Deutschland also, wird nach ihrer Einschätzung in diesem Jahr statt um 0,8 nur um 0,4 Prozent zu-

nehmen; für 2014 nehmen die Konjunkturforscher ihre Prognose leicht von zuletzt 1,9 auf 1,8 Prozent zurück. Dass die Ökonomen aus diesen Zahlen in ihrem Herbstgutachten für die Bundesregierung dennoch eine insgesamt eher positive Botschaft destillieren, ist dem weltwirtschaftlichen Umfeld geschuldet, das trotz einiger Aufhellungen schwierig bleibt und die allgemein erwartete wirtschaftliche Belebung im kommenden Jahr auch hätte gefährden können. So aber heißt es nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* in dem Papier, Deutschland stehe „im Herbst 2013 am Beginn eines Aufschwungs“.

Die deutliche Revision für das laufende Jahr hat auch damit zu tun, dass die Institute im Frühjahr mit 0,8 Prozent eine überraschend optimistische Prognose vorgelegt hatten. Die Bundesregierung etwa, die in früheren Jahren die Vorhersage der Forscher für ihre eigenen Planungen gelegentlich einfach übernahm, hatte sich seinerzeit auf eine vorsichtigeren Schätzung von 0,5 Prozent für dieses und 1,6 Prozent für nächstes Jahr festgelegt. Diese Vorsicht kommt ihr jetzt zugute, denn nach Vorlage der neuen Zahlen der Institute muss sie keine gravierenden Korrekturen vornehmen. Im Gegenteil: Die Planungen für den ersten ausgeglichenen Bundeshaushalt seit 1969 können ohne nennenswerte Änderungen vorangetrieben werden.

Das gilt insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Erwerbstätigen nach der Prognose der Institute weiter steigen wird – um 235 000 in diesem und um weitere 260 000 im kommenden Jahr. Damit würde 2014 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Marke von 42 Milli-

onen Beschäftigten überschritten. Für den Bundeshaushalt bedeutete das, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln und die Zahlungen an Arbeitslose tendenziell weiter sinken würden. Allzu groß werden die Einsparungen allerdings nicht ausfallen, denn der Beschäftigungszuwachs schlägt sich nach der Prognose der Forscher kaum in niedrigeren Erwerbslosenzahlen nieder. So wird die Arbeitslosenquote deshalb 2014 gegenüber dem laufenden Jahr nur leicht von 6,9 auf 6,8 Prozent sinken.

### Die Prognose der Bundesregierung war vorsichtiger

Die Ökonomen gehen in ihrem Gutachten davon aus, dass weder der Haushaltsstreit in den USA, noch die Finanz- und Schuldenkrise in Europa eskalieren. Tritt dieses Szenario ein, ist nach Ansicht der Experten mit einem weiteren Zuwachs der Exporte insbesondere ins nichteuropäische Ausland zu rechnen. Zusätzliche Impulse sind demnach von höheren Investitionen der Unternehmen und einer weiter steigenden Binnennachfrage zu erwarten. Beides werde auch zu einem höheren Importvolumen führen, heißt es in der Studie.

Die vier Institute, die an der Ausarbeitung des Gutachtens beteiligt waren, sind das Münchner Ifo, das Essener RWI, das IWH aus Halle und nach mehrjähriger Abstinenz auch wieder das Berliner DIW. Das Wirtschaftsministerium wird die Studie prüfen und dann am 23. Oktober eine eigene aktualisierte Konjunkturprognose vorlegen. C. HULVERSCHEIDT, T. ÖCHSNER

## EURO-KRISE

### Ein Funken Hoffnung

VON CLAUDIUS HULVERSCHEIDT

Wer sich die Mühe macht, die irische Provinz zu bereisen, der hat wahrlich nicht das Gefühl, einer europäischen Erfolgsaufzucht zu wohnen. Leere Häuser, verammelte Schaufenster, sterbende Ortschaften – all das, so ist es in Berichten von dort nachzulesen, findet man im irischen Hinterland vor. Und doch, auch wenn die Landflucht brisant, die Arbeitslosigkeit hoch, das Haushaltsloch tief und die Schuldenlast schwer ist: Wenn Irland am 15. Dezember als erstes Krisenland wieder unter dem Euro-Rettungsschirm hervorkrabbelte, dann kann man die Bedeutung dieses Ereignisses nicht hoch genug bemessen – für die Iren, die ihre volle Souveränität zurück erhalten, aber auch für die Euro-Retter in Berlin, Paris und Brüssel, die gezeigt haben, dass ihre Rezepte wirken. Zumindest in diesem Fall.

Der Erfolg hat durchaus Namen, etwa die von Enda Kenny und Angela Merkel. Der irische Premier hat sein Land seit März 2011 umsichtig und frei von Populismus reformiert, mit dem Ergebnis, dass internationale Banken, Versicherungen und Investmentfonds nun wieder dazu bereit sind, ihm das zur Deckung des Haushaltsdefizits nötige Geld zu leihen. Und die deutsche Bundeskanzlerin mag als Wortführerin der Euro-Retter in den vergangenen Jahren oft geögert, häufig die Richtung korrigiert und viel falsch gemacht haben. Noch mehr aber hat sie richtig gemacht. Vor allem nämlich sorgte sie dafür, dass die Iren nicht nur viele Milliarden erhielten, um die Staatspleite zu vermeiden, sondern dass sie die gekaufte Zeit auch dazu nutzen mussten, die zugrunde liegenden Probleme anzugehen.

Das Prinzip der „Solidarität gegen Solidarität“ ist auch in den übrigen Krisenländern gelagert die einzelnen Fälle sind und so schmerzhaft die sozialen Folgen der „Anpassungsrezessionen“, wie Ökonomen sagen, auch sein mögen. Denn es nutzt auf lange Sicht weder den Griechen, noch den Zypriern oder den Spaniern, wenn ihre Probleme jetzt mithilfe schuldenfinanzierter Wachstumsprogramme zugedeckt würden, nur um in ein paar Jahren umso heftiger hervorzutreten.

Das bedeutet nicht, dass Merkel, Kenny & Co. den eingeschlagenen Kurs nicht immer wieder neu justieren sollten. So müssen die EU-Staaten zum Beispiel end-

lich den Keilriemen zwischen Staats- und Bankenverschuldung durchtrennen und gezielte Programme zur Stimulierung des Wachstums, zur Milderung sozialer Härten, zur Förderung junger Arbeitsloser, zum Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie zur weiteren Regulierung der Finanzindustrie auflegen. Hinzukommen muss eine Reform der europäischen Verträge und Institutionen, die dafür sorgt, dass einerseits die Kooperation in der Haushalts-, Steuer- und Wirtschaftspolitik verstärkt wird – auch unter Preisgabe nationaler Souveränität – und dass andererseits die EU-Kommission die Bürger nicht länger mit Vorgaben über die Zulässigkeit von Olivenölkännchen gängelt.

### Der Erfolg bei der Euro-Rettung hat Namen, etwa die von Enda Kenny und Angela Merkel

Und Irland? Auch dort ist der Reformkatalog noch lang. Vor allem mangelt es den Iren an einem neuen, tragfähigen Geschäftsmodell, das das bisherige, gescheiterte ersetzt. Es hatte in den vergangenen 20 Jahren mit einem Mix aus laxer Regulierung und Niedrigsteuern unzählige ausländische Banken und Konzerne nach Dublin und Umgebung gelockt – bis der völlig überdimensionierte Banksektor kollabierte und Steuerdumping ins Visier der G-20-Staaten geriet. Dass die irische Regierung am Dienstag ankündigte, ein großes, von Konzernen wie Apple und Google gern genutztes Steuerschlupfloch zu schließen, zeigt, dass Kenny die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Aber das reicht nicht: Spätestens wenn sich nach dem für 2014 in Europa geplanten Banken-Stresstest zeigen sollte, dass die Iren erneut die Hilfe der Euro-Partner benötigen, muss Merkel auf weitere Zugeständnisse Dublins dringen, insbesondere auf die Erhöhung des mit 12,5 Prozent lächerlich niedrigen Körperschaftssteueratzes. Denn es ist den Steuerzahlern weder in Deutschland noch anderswo länger zuzumuten, dass sie ein Land unterstützen, das die Steuereinnahmen ihrer heimischen Konzerne plündert und damit Löcher in die nationalen Haushalte reißt.

Aller Ärger ändert jedoch nichts daran, dass der 15. Dezember 2013 ein bedeutsamer Tag für Europa werden wird. Allerdings: Bis zur endgültigen Überwindung der Euro-Krise werden noch viele weitere bedeutsame Tage folgen müssen.

**DIE SCHWEIZ LEGT SICH DEN MÜNCHNERN ZU FÜSSEN.**

THE SHOE PEOPLE

**NAVYBOOT**  
 SWITZERLAND

DIENERSTRASSE 19, MÜNCHEN | FLUGHAFEN MÜNCHEN, TERMINAL 2  
 navyboot.com | facebook.com/NavybootSwitzerland

**HEUTE**

**Schwerpunkt**  
 Luxus-Geschäfte: Verkommen sie zu Vorführräumen für die Online-Händler? ..... 16

**Politik und Markt**  
 Agenda 8,50: Ein flächendeckender Mindestlohn ist brisanter Stoff ..... 18

**Unternehmen**  
 Microsoft bringt eine renovierte Version seines Betriebssystems Windows 8 auf den Markt ..... 19

**Geld**  
 12 Zimmer, Küche, Pool: Bei Luxusimmobilien in Paris locken Schnäppchen ..... 21

► [www.sz.de/wirtschaft](http://www.sz.de/wirtschaft)

DIzigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München  
 Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über [www.sz-content.de](http://www.sz-content.de)